

Die Parteien geben sich konsequent

KANTONSRAT An der heutigen Sitzung wird die Beratung des Entlastungsprogramms fortgeführt, die vor zwei Wochen unterbrochen werden musste. So gehts nun weiter:

CHARLY KEISER
charly.keiser@zugerzeitung.ch

Wie schon vor zwei Wochen wird auch die heutige Kantonsratssitzung von der Debatte um das Entlastungsprogramm dominiert. Finanzdirektor Heinz Tännler präsentierte letzte Woche die tiefrote Staatsrechnung 2015, die mit einem operativen Verlust von 129 Millionen Franken abschliesst. Zwei Tage nach diesen roten Zahlen zeigte Landammann Tännler zudem auf, wie dunkelrot die Staatsrechnung in Zukunft aussehen wird, falls der Regierungsrat nicht Gegensteuer gibt. Während die Bürgerlichen beim Sparen ihr Seelenheil ausmachen, setzen die Linken auf Steuererhöhungen, um den Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Sehen die Fraktionen das immer noch so, oder

haben die Neuigkeiten ihre Meinung verändert?

«Situation seit längerem bekannt»

«Wir haben die beiden Neuigkeiten zur Kenntnis genommen und darüber auch diskutiert», sagt CVP-Fraktionschef **Andreas Hausheer** (Steinhausen) und betont: «Aber wir haben unsere Grundhaltung zum Entlastungsprogramm deswegen nicht geändert.»

Auch für FDP-Fraktionschef **Daniel Burch** (Risch) ist klar: «Es hat sich nichts geändert. Die dramatische Finanzsituation des Kantons Zug ist uns Kantonsräten seit längerem bekannt.» Deshalb sei für die FDP das Entlastungsprogramm unerlässlich. Weitere Massnahmen müssten folgen. So zum Beispiel die rigorose Überprüfung aller Staatsaufgaben. «Zudem ist eine Überprüfung aller Prozesse in der Verwaltung bezüglich Effizienz und Effektivität unerlässlich», ergänzt Burch. «Wir erwarten, dass die notwendigen Korrekturen vorgenommen werden. Ziel muss sein, ab 2019 eine ausgeglichene Rechnung zu haben.» Die Bereiche mit grossem Sparpotenzial seien zwar noch nicht beraten worden, und es werde sich heute zeigen, wie gross der Sparwille des Parlaments sein werde. «Die FDP wird im Wesent-

lichen die Anträge der Regierung und der Stawiko unterstützen.»

Der Verlauf der bisherigen Debatte entspreche den Erwartungen, und die Fraktion habe mit einer Ausnahme in



«Weniger geht nicht, das Finanzproblem ist zu gross.»

DANIEL STADLIN,
GLP-KANTONSRAT

allen Abstimmungen sehr geschlossen und im Sinne der Regierung und des Entlastungsprogramms gestimmt, sagt **Philip C. Brunner** (Zug). «Die SVP will auch heute ihre bürgerliche Verantwortung wahrnehmen, damit die erste von mehreren wichtigen Hürden, die es zur Konsolidierung des aus den Fugen ge-

ratenen Staatshaushaltes braucht, genommen werden.» Insgesamt werde sich die SVP-Fraktion von ihren Wahlversprechen leiten lassen. Sie stehe allen neuen Steuern, Gebühren und Abgaben sehr kritisch und ablehnend gegenüber.

Die Neuigkeiten hätten nichts geändert, sagt **Daniel Stadlin** von der GLP: «Im Gegenteil. Sie haben mich in der Überzeugung gestärkt, wie wichtig das Entlastungsprogramm ist. Staatsrechnung wie Finanzstrategie haben brutal aufgezeigt, wie schlecht es um die Kantonsfinanzen steht.» Die integrale Umsetzung des Entlastungsprogramms sei zwingend, es sei das absolute Minimum, betont der Stadtzuger. «Weniger geht nicht – das Finanzproblem ist zu gross. Denn die strukturellen Probleme von heute dürfen nicht die Steuern von morgen werden.»

«Das ist schlicht nicht gerecht»

Die Alternative-die Grünen würden das regierungsrätliche Entlastungsprogramm auch weiterhin entschieden ablehnen, sagt **Anastas Odermatt**. «Personal, Bildung, IV-Bezüger, Behinderte, Ältere und Familien sollen die Suppe auslöffeln, die uns der Regierungsrat in den letzten Jahren mit seiner Finanz- und Wirtschaftspolitik beschert hat. Das ist schlicht nicht ge-

recht.» Vielmehr habe er den Eindruck, dass vor lauter schlechter Zahlen eine Angstkulisse aufgebaut werden solle und der Kantonsrat und die Bevölkerung nun alle Massnahmen ohne gross zu überlegen schlucken sollten, ergänzt der Steinhauser und sagt: «Ohne uns.»

Die SP sei generell auch für das Entlastungsprogramm, sagt **Alois Gössi** (Baar). «Wir sind jedoch gegen gewisse Entlastungen, die vom Regierungsrat, unterstützt von der vorberatenden Kommission sowie von der Stawiko, vorgeschlagen werden.» Die Finanzstrategie zeige einfach klarer auf, bis wann die Staatsrechnung ausgeglichen gestaltet werden soll. Sie zeige auch, dass die Sanierung der Rechnung nicht nur einseitig vor allem über eine Kürzung bei den Ausgaben passieren, sondern dass eine Steigerung bei den Steuereinnahmen zur Sanierung der Staatsrechnung beitragen solle. «Etwas, das wir schon lange fordern. Bei der heutigen Debatte wird die SP mindestens einen Antrag stellen, die Steuereinnahmen per 2017 zu steigern.» Kollegin **Barbara Gysel** (Zug) doppelt nach: «Zu diesem Schluss kommt, wer nüchtern analysiert. Schliesslich nützen alle tiefen Steuerfüsse nichts, wenn dies nur auf Kosten der nicht reichen Bevölkerung umsetzbar ist.»